

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 08/57. Jahrgang

August 2026

Schutzgebühr: 0,40 €

Leere Kassen in Gießen – Ausrede für Versagen

Die Finanzlage vieler Städte ist angespannt – auch die von Gießen. Bürgermeister und Kämmerer Alexander Wright (Die Grünen) warnt, dass Kommunen ihre Aufgaben zunehmend nicht mehr erfüllen könnten. Das gefährde das Vertrauen in die Demokratie. Diese Sorge ist nachvollziehbar. Aber warum geraten die Städte an ihre Grenzen?

Seit Jahren werden den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, ohne dass Bund und Länder für ausreichende Finanzierung sorgen. Gleichzeitig steigen die Kosten für soziale Leistungen, Bildung und Infrastruktur. Ergebnis: Mit immer weniger finanziellen Mitteln bleibt den Kommunen kaum noch Spielraum, vor Ort etwas zu gestalten.

Doch leere Kassen allein erklären den Vertrauensverlust nicht. Entscheidend ist die Erfahrung, dass für manche Projekte Geld vor-

handen ist, während an anderer Stelle gespart wird. In Gießen erinnern sich viele an den kostspieligen Verkehrsversuch am Anlagenring oder den langwierigen Leerstand der Kita am Seltersweg. Solche Beispiele verstärken den Eindruck, dass politische Prioritäten und die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht immer zusammenpassen.

Eine zentrale Frage ist deshalb auch wer über die Verwendung öf-

fentlicher Gelder entscheidet. Demokratie bedeutet mehr als alle paar Jahre ein Kreuz auf dem Wahlzettel. Sie lebt davon, dass die Menschen informiert werden, mitreden können und bei wichtigen Entscheidungen ernsthaft einbezogen werden.

Wer auf einen Kita-Platz wartet, steigende Gebühren zahlen muss oder unter maroder Infrastruktur leidet, verdient Antworten. Vertrauen entsteht nicht durch Warnungen vor einer Krise der Demokratie, sondern durch eine Politik, die sich am Alltag der Mehrheit orientiert.

Gießen benötigt eine ehrliche Debatte über politische Prioritäten. Öffentliche Mittel müssen dort ankommen, wo sie den größten gesellschaftlichen Nutzen entfalten: bei Bildung, sozialer Infrastruktur, bezahlbarem Wohnen und einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge.

Martina Lennartz



Schäbigkeit kennt keine Grenzen

Wer Kindern etwas wegnimmt, das diese dringend brauchen, kann dafür kein Lob erwarten. Ein solches Verhalten muss man als „schäbig“ bezeichnen. Die Bundesregierung unter Merz und Klingbeil begeht so eine Schäbigkeit.

Der monatliche Sofortzuschlag in Höhe von 25 Euro pro Monat für armutsbetroffene Kinder soll gestrichen werden. In der Regierung hat sicher keiner eine Vorstellung davon, was 25 Euro mehr oder weniger für eine arme Familie bedeuten.

Der Raubzug beim Familieneinkommen ist damit noch nicht zu Ende. Von einer Familienministerin könnte man eigentlich erwarten, dass sie sich für das Wohl von Familien einsetzt. Nicht so die derzeitige Ministerin Karin Priem (CDU). Sie will die Bezugszeit von Familiengeld verringern, von derzeit 14 Monate für Paare auf 12 Monate, von denen mindestens drei vom Vater genommen werden müssen.

Fortsetzung auf S. 2

Postenpoker in Gießen / Sport im Kapitalismus	S. 2
Stellungnahmen Besetzung eines Uni-Gebäudes	S. 3
Gießen im Hitzecheck / Bebauung Altenfelsweg	S. 4
Wohnen als Menschenrecht / Armut und Wohnungsnot	S. 5
Soziale Grausamkeiten / Rüstungswahn	S. 6
Atombombenabwurf Hiroshima	S. 7

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Mehr noch: Alleinerziehende erhalten für ihre Kinder bis 18 Jahre einen vom Staat vorgestreckten Unterhaltszuschuss, wenn der zahlungspflichtige Elternteil nicht zahlt. Das Geld kann der Staat von dem Zahlungspflichtigen einfordern. Jetzt soll der Betrag nur noch bis zum 15. Lebensjahr vorgestreckt werden. Eine über den Hauptschulabschluss hinausgehende Schulbildung wird für die betroffenen Kinder damit kaum noch möglich sein. Es ist unglaublich, was der Regierung alles einfällt, wenn es darum geht, mehr Geld für Waffen und Munition einzutreiben.

Gernot Linhart

Armutsgefährdete und arme Familien in Deutschland

Familie gilt als armutsgefährdet, wenn ihr Einkommen unter 60% des mittleren (Median-)Einkommens liegt. Man spricht hier von **relativer Armut**. Die Betroffenen können am normalen gesellschaftlichen Leben (wie Kinobesuche, Urlaub oder neue Kleidung) kaum noch teilnehmen.

2025 galt als armutsgefährdet bei Einkommen netto pro Monat:

Alleinstehende	< 1.450 Euro
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern (unter 14 Jahren)	< 3.050 Euro
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern (ab 14 Jahren)	< 3.500 Euro

In Deutschland sind rund **13 bis 14 Mio.** Menschen in Armut oder von Armut bedroht. Darunter befinden sich etwa **2 bis 3 Mio. Kinder und Jugendliche**.

Insgesamt sind etwa **17% der Bevölkerung** betroffen. Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende sowie Erwerbslose tragen ein besonders hohes Armutsrisiko.

Postenpoker statt Politik: Gießens Kenia-Koalition feilscht, während die Stadt verfällt!

Was für ein politisches Trauerspiel: Seit der Kommunalwahl am 15. März 2026 sind Monate vergangen, doch im Gießener Rathaus herrscht gähnende Leere statt Tatkraft.

Die CDU ging als stärkste Kraft aus der Wahl hervor. Das Bündnis aus SPD, Grünen, Linken und Volt scheiterte nach endlosen Sondierungen.

Jetzt bleibt nur noch eine „Kenia-Koalition“ aus CDU, SPD und Grünen. Doch statt die drängenden Pro-

bleme anzupacken, liefern die drei Parteien seit Wochen nichts als inhaltslose Wasserstandsmeldungen.

Warum der Stillstand? Ganz offensichtlich geht es hinter den Kulissen nicht um Sachpolitik, sondern um das schamlose Verteilen der lukrativen Posten auf Kosten der Steuerzahler!

Die Messer sind längst gewetzt: Da die abgestraften Grünen mit Gerda Weigel-Greilich und Alexander Wright bisher zwei fette, hauptamtliche Stadtrats-Posten blockie-

ren, die Wahlsieger-CDU aber auch ein Stück vom Machtkuchen fordert, muss einer der beiden Grünen definitiv seinen Stuhl räumen. Oder opfert die SPD am Ende gar ihren eigenen „erfolgreichen“ Stadtrat Francesco Arman, um den Koalitionsfrieden zu erkaufen? Es ist ein peinliches Postengeschacher auf dem Rücken der Bürger. Gießen erstickt in Problemen – und wartet vergeblich auf Antworten!

Helmut Appel

Laufsport in den Klauen des Geldes

Geld und Profit bestimmen auch den Sport im Kapitalismus – und nicht nur den Profisport. Das erfahren jedes Mal Vereinsvertreter, die sich ehrenamtlich bemühen, Sportveranstaltungen durchzuführen. Jetzt hat es den bekannten Gießener Stadt- und Benefizlauf *Run 'n Roll for Help* erwischt, der immer am letzten Tag des Stadtfestes stattfindet. Zu wenige Helfer, zu wenig Unterstützung vom Sportamt.

Der Lauf musste von den Veranstaltern „Lebenshilfe“ und „AIDS-Hilfe“ dieses Jahr abgesagt werden. Die Startgelder sollten ihren sozialen Projekten zugutekommen.

Im Gegensatz dazu hat der jährliche Firmenlauf mit über 4.700 Teilnehmern in der Wieseckau keine finanziellen Sorgen. Gepampert von

der Firma Feig, perfekte Organisation, die Helfer aus den Vereinen bezahlen kann, Unterstützung von städtischen Behörden, über die sich kleine Sportvereine im Kreis Gießen freuen würden, Öffentlichkeitsarbeit durch zahlreiche Firmen, kostenlose Shuttle-Fahrten zwischen Hessenhalle und Messeplatz, After-Lauf-Party, perfekte Musik- und Moderatorenshow. Und der gesamte Messeplatz konnte dafür gesperrt werden. Ob hier die soziale Gesundheitsvorsorge für die Läuferinnen und Läufer im Vordergrund steht oder das Werbeinteresse der beteiligten Firmen, kann sich jeder ausmalen.

Wir fordern, dass die kleinen Gießener Vereine in ihrem sozialen Engagement von der Stadt wesent-

lich mehr Unterstützung als bisher erhalten, nicht nur Pokalgeschenke. Es ist für eine selbst benannte „Sportstadt“ ein trauriges Bild, dass die Stadt nicht rechtzeitig dem Gießener Stadtlauf Hilfe zugesagt hat.

M. Berger

**"Dass Du dich wehren
musst, wenn Du
nicht untergehen
willst, wirst Du doch
einsehen!"**



Bertolt Brecht

Stellungnahme der DKP Gießen zum FreiTraum-Haus



Ab dem 11. Juli wurde das seit Jahren leerstehende Gebäude der Justus-Liebig-Universität (JLU) in der Hein-

Heckroth-

Straße 3 unter dem Namen „**FreiTraum-Haus**“ von Aktivistinnen und Aktivisten genutzt. Sie wollten einen offenen Ort für Begegnung, Kultur und selbstorganisierte Projekte schaffen. Statt diese Initiative zum Anlass für einen Dialog über die Zukunft des Gebäudes zu nehmen, hat die Universitätsleitung Strafanzeige gestellt und eine Räumung bewirkt. Bereits nach drei Tagen wurde das Haus im Rahmen eines massiven Polizeieinsatzes geräumt.

Für die DKP macht der Konflikt einen grundlegenden Missstand deutlich: Während öffentliche Freiräume fehlen, stehen Gebäude über Jahre leer. Die JLU trägt hierfür Mitverantwortung. Das Haus wurde über lange Zeit weder sinnvoll genutzt noch ausreichend instandgehalten. Sein Zustand ist Ergebnis jahrelanger Vernachlässigung. Die Besetzung ist vor allem ein politischer Protest gegen Leerstand und den Abbau öffentlicher Räume. Dass Menschen ein ungenutztes Gebäude wieder

mit Leben füllen wollen, verweist auf ein Versagen der Verantwortlichen – nicht derjenigen, die sich engagieren.

Die DKP fordert die Universität auf, den Strafantrag zurückzunehmen und Verhandlungen über eine dauerhafte gemeinwohlorientierte Nutzung des Gebäudes aufzunehmen. Öffentliche Gebäude müssen der Öffentlichkeit dienen – insbesondere, wenn sie über Jahre dem Verfall preisgegeben wurden. Wer gesellschaftliches Engagement kriminalisiert, verschärft den Konflikt, statt ihn zu lösen. Universitäten sollten Orte des kritischen Denkens und des demokratischen Austauschs sein.

Der Konflikt um das FreiTraum-Haus ist kein Einzelfall. Öffentliche Räume verschwinden, Möglichkeiten gesellschaftlicher Selbstorganisation werden eingeschränkt. Die DKP solidarisiert sich mit allen, die sich für bezahlbare Räume, kulturelle Freiräume und eine demokratische Stadtentwicklung einsetzen.



Hein-Heckroth-Str. 3

19 Gebäude der JLU stehen leer

An der Justus-Liebig-Universität Gießen stehen derzeit 19 Gebäude leer. Das geht aus einer Anfrage an die Hochschulleitung hervor. Besonders auffällig ist das Siesmayer-Karree mit seinen elf Gebäuden, das bereits seit 2017 ungenutzt ist und noch in diesem Jahr an den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) übergeben werden soll.

Der Leerstand einiger der Gebäude existiert seit vielen Jahren: Frankfurter Straße 107 seit 2012, Ludwigstraße 19 seit 2013, Senckenbergstraße 5 seit 2009. Auch das jüngst besetzte Gebäude in der **Hein-Heckroth-Straße 3 ist seit 2018 ungenutzt.**

Die Universität verweist auf langwierige Prüf- und Abstimmungsverfahren innerhalb des Landes Hessen. Vor einer Weiterverwendung oder Verwertung müsse geprüft werden, ob andere Landesdienststellen Interesse an den Immobilien haben.

Die DKP Gießen fordert eine zügigere Nachnutzung der Gebäude.

Stellungnahme von GSF zur Räumung

„Ich hatte genau eine Option“ – mit diesem Satz versucht JLU-Präsidentin Katharina Lorenz, die Räumung des „FreiTraum-Hauses“ zu rechtfertigen. Tatsächlich offenbart er vor allem die politische Ideenlosigkeit der Universitätsleitung.

19 leerstehende Gebäude, eines davon seit 17 Jahren, aber kein Platz für studentische Selbstorganisation? Gleichzeitig wird ein leerstehendes Haus innerhalb weniger Stunden durch die Polizei geräumt. Die Prioritäten der JLU könnten deutlicher kaum sein: Leerstand wird verwaltet, Engagement wird geräumt.

Besonders absurd ist die Berührung auf das Demokratieverständnis

der Universität. Wer erst Strafanzeigen prüft und anschließend beklagt, dass Aktivistinnen und Aktivisten anonym bleiben, verwechselt demokratischen Dialog mit obrigkeitlicher Verwaltung. Demokratie bedeutet nicht nur Senatssitzungen und Ausschüsse – Demokratie bedeutet auch, Räume für Beteiligung, Kultur und politische Debatten zu schaffen.

Dass die Universitätsleitung nun plötzlich wieder über ein Studierendenhaus sprechen möchte, zeigt vor allem eines: Ohne den Protest hätte sich weiterhin nichts bewegt.

Die Behauptung, die Räumung sei alternativlos gewesen, überzeugt nicht. Alternativlos war lediglich die Entscheidung des Präsi-

diums, keinen politischen Willen zu zeigen.

Die JLU sollte sich fragen, was größeren Schaden für ihr Ansehen bedeutet: Ein besetztes Leerstandsgebäude oder eine Universität, die seit Jahren keine Antwort auf die berechtigten Forderungen ihrer Studierenden findet.

Das Wahlbündnis Gießen – sozial und friedentüchtig (GSF) fordert die Universitätsleitung auf, die Strafanträge zurückzuziehen und endlich konkrete Schritte für ein selbstverwaltetes Studierendenhaus einzuleiten.

Studierende brauchen keine Sonntagsreden über Demokratie – sie brauchen Räume.



Lange Rede, kurzer Sinn – ICH war es nicht!

Als Frau Gerda gefragt wurde, wie es kommt, dass Gießen für die Bevölkerung im Sommer die gefährlichste Stadt sei und beim Hitze-Check mit Kettensäge und Pauken durchgefallen ist, antwortete die viel zu langjährige Umwelt- und Naturdezernentin der Grünen sinngemäß: Ich war es nicht. Wo sieht sie die Verantwortung? „Gießen ist in der Nachkriegszeit vor allem als autogerechte Stadt wiederaufgebaut worden. Klima- und Hitzeschutz standen damals nicht weit oben auf der Agenda...“ und es

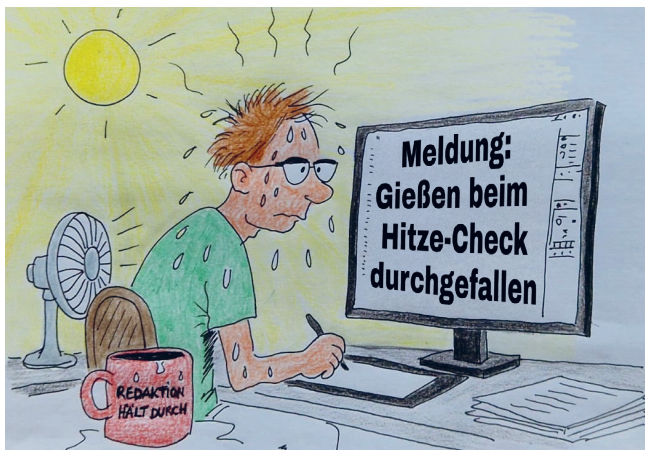
gelte, viele unterschiedliche Interessen auszugleichen..., z. B. den „Konflikt zwischen Parkplatznot und Baumpflanzungen...“ und „...Trockenschäden durch die geringen Niederschlagsmengen in den vergangenen Sommerhalbjahren...“. Damit begründete sie, dass innerhalb von sieben Jahren 2.520 Bäume verschwunden sind.

Politische Demenz oder Ignoranz scheinen vergessen zu machen. Wir erinnern: Landesgartenschau mit 350 Bäumen, Bitterlingprojekt, Schwanenteich,

Nebengerinne der Wieseck, Ringallee, Sichtachse auf den Stadtkirchturm, fünf Meter breite Kahlschläge im Schiftenberger Wald für Wasserleitungen Richtung Frankfurt, Bieber und Marburg, keine Bremse für Immobilienhaie. Baumfällungen, Naturzerstörungen. Alles in der Verantwortung der Grünen.

(Zitate aus: „Gießen im Hitze-Check: Stadt erhält Rote Karte – im Hessenvergleich weit abgeschlagen“, 21.6.2026, Gieß. Allgemeine)

Pressemitteilung – Gießener Wahlbündnis (GSF) zur geplanten Bebauung in der Klingelbachaue



Ein Investor plant, auf dem Grundstück Altenfeldsweg 24 sowie auf unbebauten und begrüneten Flächen in der Klingelbachaue fünf Wohnhäuser zu errichten. Das Vorhaben ist umstritten, da sich das Gebiet nach Angaben des Magistrats in einer überregional bedeutsamen Kaltluftleitbahn (siehe Kasten) sowie in einem Hochwasserrisikogebiet befindet.

Dem Wahlbündnis **Gießen – sozial und friedensstüchtig (GSF)** greift die Diskussion zu kurz, wenn sie sich auf die Frage beschränkt, ob dort Platz für fünf Häuser ist. Entscheidend ist die Bedeutung der Fläche für das Stadtklima. Kaltluftleitbahnen, Versickerungsflächen und Hochwasserschutz sind angesichts zunehmender Hitzeperio-

den und häufiger Starkregenereignisse zentrale Bestandteile einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung. Der Erhalt solcher Freiflächen dient dem Gemeinwohl.

Gießen braucht dringend mehr bezahlbaren Wohnraum. Dieser darf jedoch nicht zu Lasten ökologisch

besonders sensibler Flächen geschaffen werden. Vorrang sollten die Nachverdichtung geeigneter Standorte, die Aufstockung bestehender Gebäude, die Umnutzung leerstehender Immobilien sowie der soziale und kommunale Wohnungsbau auf bereits versiegelten oder städtebaulich geeigneten Flächen haben. Wohnungsbau und Klimaanpassung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Das GSF sieht das Vorhaben daher kritisch. Vor einer Bebauung muss nachgewiesen werden, dass die Kaltluftfunktion, der Hochwasserschutz und die Versickerungsfähigkeit der Fläche nicht erheblich beeinträchtigt werden. Kann dieser Nachweis nicht erbracht werden, überwiegt das öffentliche Interesse

am Erhalt der Grünfläche gegenüber privaten Verwertungsinteressen.

Gießen braucht eine Boden- und Wohnungspolitik, die bezahlbaren Wohnraum schafft und zugleich Klima-, Natur- und Hochwasserschutz als unverzichtbare Bestandteile kommunaler Daseinsvorsorge versteht.



Altenfeldsweg
(Quelle: Google-Maps)

Kaltluftleitbahn

Ein Bereich (z. B. ein Tal, eine Grünfläche oder ein freier Korridor zwischen Gebäuden), durch den nachts kühle Luft in wärmere Stadtgebiete strömen kann. Sie hilft dabei, Städte abzukühlen und die Belastung durch Hitze zu verringern.

Wohnen als Menschenrecht

In keinem Land der europäischen Union haben die Menschen so wenig Wohneigentum wie in Deutschland, nämlich nur 42 bis 44%. 44 Millionen, entsprechend 53% der Menschen (58% der Haushalte) wohnen zur Miete, im europäischen Vergleich der absolute Spitzenplatz.

Die hohen und ständig steigenden Mieten bedeuten also für eine Mehrheit der Menschen in Deutschland, dass sie immer weniger in der Lage sind, Rücklagen von ihrem Einkommen zu bilden. Immer höhere Anteile ihres Einkommens müssen für das Wohnen ausgegeben werden. Auf der anderen Seite wird mit dem Besitz von Wohnimmobilien immer mehr verdient. Eine erhebliche Umverteilung des Gesamtvermögens in Deutschland wird durch diesen Warencharakter des Wohnens bewirkt. Demgegenüber steht die Forderung des Menschenrechtes auf Wohnen. Diese bedeutet, dass der Wohnraum angemessen, bezahlbar und sicher sein muss und auch Schutz

vor Vertreibung zu bieten hat.

In der Bundesrepublik ist dieses Menschenrecht nicht im Grundgesetz festgeschrieben, allerdings in Verfassungen einzelner Bundesländer, z. B. in Bayern. Im Artikel 106 Absatz 1 der Verfassung steht dort: „Jeder Bürger Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung“, oder in Berlin Artikel 28: „Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum“.

In der DDR stand in der Verfassung im Artikel 37: „Jeder Bürger der deutschen demokratischen Republik hat das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und örtlichen Bedingungen ...“ Die Mieten in der DDR betragen circa 3 bis 5% des Einkommens.

Wohnen als Menschenrecht muss der Profitanhäufung entzogen werden und als gesellschaftliche Aufgabe angesehen werden.

H.R.

Der Griff ins Klo der Woche:

Ausgerechnet Linnemann wird Gesundheitsminister

Linnemann (CDU)
am 6.5.2025 in Phoenix:

"Aber nur, um einmal Minister zu sein, dass das irgendwo bei Wikipedia steht. Das ist nicht mein Ding ... Wenn sie mich jetzt aufgestellt hätten, weiß ich nicht, als Gesundheitsminister wäre ich wahrscheinlich nicht erfolgreich gewesen. Die Leute hätten gesagt: 'Warum wird der Gesundheitsminister, was hat der damit (ungelernt) zu tun?' Deswegen: Schuster bleib bei deinen Leisten. Mach das, was du kannst."

Deutschland ist Europameister – leider nur bei Armut und Wohnungsnot

Deutschland gehört in Europa zur Spitze – allerdings bei den falschen Themen. Über 500.000 Menschen sind wohnungslos, 17 Millionen gelten als arm oder armutsgefährdet. Gleichzeitig gibt es in Deutschland bis zu 2,6 Mio. Dollar-Millionäre.

Während die Bundesregierung

Milliarden für Aufrüstung bereitstellt und soziale Einschnitte nach dem Vorbild des Merz'schen „Sozialpakets“ diskutiert, fehlen Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, Bildung und Gesundheit.

Dabei steht im Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch

soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Wer über enorme Vermögen verfügt, müsste demnach stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Eine Vermögensteuer auf große Vermögen wäre ein erster Schritt, um Reichtum gerechter zu verteilen.

Wir brauchen keine Rekordausgaben für Waffen und keine Kürzungen bei den Ärmsten. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau, Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Deutschland ist Europameister – bei Armut, Wohnungsnot und sozialer Ungleichheit. Auf solche Titel kann man verzichten.

Soziale Gerechtigkeit wird nicht geschenkt – sie muss erkämpft werden. Nur der Druck von unten, durch solidarischen Widerstand und gesellschaftliches Engagement kann die politischen Verhältnisse verändern.

Martina Lennartz



Soziale Grausamkeiten

Sie sprechen von Reformen und meinen Sozialstaatsdemontage. Geht es nach Bundesregierung, Unternehmerverbänden und neoliberalen Ideologen, ist die Liste der sozialen Grausamkeiten lang. So sollen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der Kündigungsschutz eingeschränkt und der 8-Stunden-Tag abgeschafft werden. Elementare Bereiche des betrieblichen Gesundheitsschutzes und damit die Gesundheit und im schlimmsten Fall das Leben von Beschäftigten stehen zur Disposition.

Damit nicht genug. Die bereits vom Bundeskabinett abgenickten Vorschläge der „Rentenkommission“ sehen vor, die Lebensarbeitszeit an die durchschnittliche Lebenserwartung zu koppeln. Gleichzeitig soll die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren ersatzlos gestrichen werden. In der Folge bedeutet

dies – auch für diejenigen die schon mit 16 oder 17 eine Ausbildung begonnen haben – zukünftig bis zum 68., 69., 70. Lebensjahr - oder besser gleich bis zum „sozialverträglichen Ableben“ arbeiten zu müssen.

Die ebenfalls von der Kommission zur Freude der Versicherungskonzerne vorgeschlagene Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge zu Lasten der gesetzlichen Rente, heißt nichts anderes, als dass künftig mit den Beiträgen der Versicherten auf den Aktienmärkten gezockt wird. Wenn dann beim nächsten Börsencrash die Spekulationsblase platzt, werden zahlreiche Rentnerinnen und Rentner gezwungen, Flaschen zu sammeln und Zeitungen auszutragen, um einigermaßen über die Runden zu kommen.

Auch Gesundheit und Pflege als zentrale Standbeine der sozialen Sicherungs-Systeme bleiben

nicht verschont. Hier können sich die Versicherten nach den Plänen der zuständigen Ministerin auf höhere Zuzahlungen bei geringeren Leistungen einstellen. Bereits zum 1. Juli wurde das Bürgergeld durch die „Neue Grundsicherung“ ersetzt. Für die Betroffenen bedeutet das mehr Sanktionen und deutlich niedrigere Schonvermögen. Angesichts von 10.000 vernichteten Industriearbeitsplätzen pro Monat, geht auch die Angst in den Kernbelegschaften um, nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit zu verlieren, wofür man ein Leben lang gearbeitet hat. Dies alles kann man bedauern oder aber sich gemeinsam und solidarisch in und mit starken Gewerkschaften wehren, wie zum Beispiel am 26. September 2026 beim bundesweiten Aktionstag gegen Sozialabbau in Frankfurt am Main.

Ulf Immelt

Wo bleiben die Milliarden?
Geld für uns statt für Panzer und Drohnen!



Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto (auch für Spenden):

Name: DKP Kreisorganisation, Giessen; **IBAN:**

DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Anfragen und Leserbriefe an:

Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340, 35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de

Wohin führt der Rüstungswahn?

In den meisten europäischen Ländern vertraut nur noch ein kleiner Bevölkerungsanteil der Regierung, Zustimmungsraten liegen bei 20 bis 30%. In einer Frage glaubt erstaunlicherweise mehr als die Hälfte der Menschen den Aussagen der Regierungen und der Massenmedien: Massive Aufrüstung und die Finanzierung des in der Ukraine ausgetragenen Krieges der NATO gegen Russland sind wichtiger als alles andere. Klimaschutz, Pflege, Gesundheitswesen, Bildung, Kultur – auf all das kann anscheinend verzichtet werden.

Die widersprüchlichsten Aussagen von Politikern werden hingenommen. In derselben Rede kann Rutte, NATO-Generalsekretär, mit der haushohen Überlegenheit des Bündnisses prahlen und dann behaupten, wir müssten viel mehr aufrüsten, weil wir sonst bald von Russland beherrscht würden. Es wird behauptet, die Ukraine könnte die russischen Streitkräfte besiegen, aber bald könnte Russland die NATO angreifen. Großbritannien, Portugal, Spanien rüsten auf, „weil sonst der Russe kommt“. Mit welchem Personal sollte er dort hinkommen und Macht ausüben? Entfesselte Russophobie!

Mit Recht bedroht fühlen kann sich hingegen die Bevölkerung Russlands. Mehrmals griffen westliche Mächte sie in den letzten 500 Jahren an. Jetzt ist sie von Militärsstützpunkten der NATO/USA umzingelt. Deutschland hat sich 1990 im 2+4-Vertrag verpflichtet, nie wieder eine Bedrohung für Sowjetunion zu sein. Wenig später unterstützte es die Osterweiterung der NATO. Sein Militär nimmt jährlich an Manövern teil, bei denen zehntausende Soldaten an Russlands Grenzen den Einmarsch proben. In Litauen stationierte Deutschland, nahe an der Grenze zur russischen Enklave Kaliningrad, eine Panzerbrigade. Grenzen zu Russland werden militärisch-zackig „Flanken“ genannt, wohl als sprachliche Vorbereitung auf den Begriff „Front“.

Je weiter die Eskalation im Verhältnis zu Russland vorangetrieben wird, desto schwerer wird eine Normalisierung. „Lieber 100 Stunden verhandeln als eine Stunde schießen.“ Das haben deutsche Politiker in der Vergangenheit gesagt. Die Aussage ist immer noch richtig. Jede Demonstration, jede Informationsveranstaltung zum Thema Krieg oder Frieden ist jetzt wichtiger als je zuvor.

Gernot Linhart

Hiroshima

Der den Tod auf Hiroshima warf,
ging ins Kloster, läutete dort die Glocken.

Der den Tod auf Hiroshima warf,
sprang vom Stuhl in die Schlinge,
erwürgte sich.

Der den Tod auf Hiroshima warf,
fiel in den Wahnsinn, wehrt Ge-
spenster ab,
hunderttausend, die ihn angehen,
nächtlich auferstandene
aus Staub für ihn.

Nichts von alledem ist wahr.

Erst vor kurzem sah ich ihn
im Garten seines Hauses
vor der Stadt.

[...]

Gut zu sehen war die junge
Frau,
die neben ihm stand im Blumen-
kleid.
Das kleine Mädchen an ihrer Hand.
Der Knabe, der auf seinem Rücken
saß
und über seinem Kopf die Peitsche
schwang. [...]



Dieses eindrucksvolle Gedicht von Marie Luise Kaschnitz entstand 1957. Im selben Jahr warnten 18 führende Atomwissenschaftler mit dem „Göttinger Manifest“ vor den Plänen der Adenauer-Regierung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Gleichzeitig entstand die Bewegung



„Kampf dem Atomtod“, die Ostermarsch- und daraus die Friedensbewegung. Die im ersten Teil des Gedichtes beschriebenen Schuldgefühle kann man von Berufsmilitärs nicht erwarten. Das zeigt sich schon an den zynischen Namen,

die sie dem Bombenflugzeug und den Bomben gaben. Das Flugzeug nannten sie *Enola Gay* (Name der Mutter des Chefpiloten), die Bomben *Little Boy* und *Fat Man* („Kleiner Junge“ und „dicker Mann“).

Heute betteln Politiker und Militärs der europäischen NATO-Staaten darum, dass in ihren Ländern Atomwaffen stationiert werden. Kampfpiloten sind stolz, wenn sie Flugzeuge mit Massenvernichtungswaffen steuern dürfen. Soldaten werden ab dem ersten Schuss auf eine Zielscheibe mit menschlichen Umrissen darauf dressiert, zu töten. Ob es später einer oder Hunderttausende sind, spielt dann keine Rolle mehr. Für jeden, der da nicht mitmachen will, gibt es nur einen Weg: Kriegsdienst verweigern!

Gernot Linhart

**jeden 2. Mittwoch –
5. und 19.8. ab 17:30 Uhr:**
Beratung zur Kriegsdienst-
verweigerung vom Friedensnetz-
werk Gießen – Sudetenlandstr. 1

Atombomben: Nicht nur in Japan starben Menschen

Das US-Militär verfügte im Sommer 1945 zunächst über drei Atombomben. Eine davon wurde am 16. Juli 1945 im Rahmen des Trinity-Tests in der Wüste von New Mexico gezündet. Obwohl (oder gerade weil?) danach die verheerende Wirkung der Waffe bekannt war, wurden auf Befehl der US-Regierung die beiden weiteren Bomben über Hiroshima und Nagasaki zur Explosion gebracht. Etwa 150.000 Menschen starben sofort, 250.000 später.

Nachdem sich die sehr teure Neuentwicklung „bewährt“ hatte, wurde mit Produktion weiterer Atombomben begonnen, bald mehr als eine pro Woche. Vor allem sollten sie die Weltherrschaft der USA absichern. Aber schon 1949 hatte die Sowjetunion aufgeholt und ihre erste Atombombe gezündet. Auch dort wurde danach serienmäßig produziert. Die Wissenschaftler waren auf eine neue Idee gekommen. Bei der Kernfusion leichter Elemente wird noch viel mehr Energie frei als bei der Kernspaltung. Bei der sogenannten Wasserstoffbombe setzen die bei der Explosion einer Atom-

bombe erzeugten Bedingungen eine Kernfusion von Wasserstoffisotopen in Gang. Die Sprengkraft wurde tausendfach erhöht. Statt in Kilotonnen herkömmlichen Sprengstoffes wurde nun in Megatonnen gerechnet. In ausgiebigen Tests wurde untersucht, in welcher Höhe die größte Wirkung erzielt wird und wie eine Explosion unter Wasser wirkt. Bei jedem Test verdampfte ein nicht gespaltenen Teil des Urans bzw. Plutoniums, wurde zusammen mit den hochradioaktiven Spaltprodukten im Atompilz in große Höhen getragen und von Winden über den Globus verteilt. In jeder Bodenprobe, die irgendwo genommen wird, kann man diese Substanzen nachweisen. Über Pflanzen und Tiere gelangen sie in die menschliche Nahrungskette. Jeder Mensch, der in oder nach der Zeit der Atombombenversuche aufwuchs, ist mit radioaktiven Spaltprodukten belastet. Jede Strahlenbelastung erhöht das Risiko an Krebs zu erkranken. Auch wenn der Effekt für den Einzelnen (wenn er fern der Explosionsstandorte lebt) gering ist: Wenn Milliarden

über Generationen belastet sind, ist die Zahl derer, die deswegen an Krebs erkrankt sind wahrscheinlich höher als die der direkten Opfer in Hiroshima und Nagasaki.

Die Versuchsexplosionen wurden nach weltweiten Protesten beendet – einer der Erfolge der Menschen, die sich nicht alles gefallen lassen.

Gernot Linhart



Do. 6.8. ab 17:00 Uhr:
Mahnwache – Atombombenab-
wurf vor 81 Jahren auf Hiroshi-
ma – Hiroshimaplatz (Kathari-
nengasse)



Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de

Mi. 5.8. ab 17:30 Uhr:

Beratung zur Kriegsdienstverweigerung vom Friedensnetzwerk – Sudetenlandstr. 1

Do. 6.8. ab 17:00 Uhr:

Mahnwache – Atombombenabwurf vor 81 Jahren auf Hiroshima – Hiroshimaplatz (Katharinen-gasse)

Fr. 14.8.:

Redaktionsschluss Sep.-Echo

Sa. 15.8. ab 15 Uhr:

Sommerfest der DKP Gießen:
Mit den **Roten** im **Grünen**
feiern – Grillhütte Buseck

Mi. 19.8. um 17:30 Uhr:

Beratung zur Kriegsdienstverweigerung vom Friedensnetzwerk – Sudetenlandstr. 1

Fr. 28.8. bis So. 30.8.:

UZ-Friedenstag in Berlin – Mitfahrgelegenheiten vorhanden

Fr. 28.8. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI – Chamäleon, Reichensand 9

Di. 1.9. um 17 Uhr:

Friedensnetzwerk: Antimilitaristischer Stadtrundgang – Grünberger Str./Ecke Licher Str.

Sa. 5.9. ab 10:30 Uhr:

Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Das Fest des Friedens und der Solidarität
Gemeinsam kämpfen – gemeinsam feiern!

**UZ-Friedenstag
Berlin 2026** Franz-Mehring-
Platz 1

**Diese Zeit braucht dieses Fest:
Unterstützt die UZ-Friedenstag!**

Eintritt frei! Wir bitten wir um finanzielle Unterstützung! Bestell



den Soli-Pin für die UZ-Friedenstag bei giessen@dkp.de

Gießens scheinheiliges Flaggen-Vergessen

Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) ist ein 1982 von den Bürgermeistern der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki gegründetes internationales Städtenetzwerk. Es setzt sich für die Abschaffung von Atomwaffen, friedliche Konfliktlösungen und eine Kultur des Friedens ein. Mitgliedsstädte verpflichten sich, diese Ziele öffentlich zu unterstützen und durch Aktionen – etwa den jährlichen Flaggentag am 8. Juli – sichtbar zu machen.



Mayors for Peace

Trotz mehrfacher Hinweise und persönlicher Unterstützung durch Mitglieder der Friedensbewegung blieb das Rathaus in Gießen auch am diesjährigen Flaggentag ohne Fahne. Dabei ist die Universitätsstadt bereits seit Juli 1988 Mitglied des Netzwerks und bekennt sich damit zu atomarer Abrüstung und Frieden. Die Frage bleibt: Was gedenkt der Oberbürgermeister künftig zu tun, um diesem Anspruch als *Mayor for Peace* auch sichtbar gerecht zu werden?



Nein zur Wehrpflicht!
Unsere Kinder kriegt ihr nicht!



Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** trafen sich in Gießen Vertreter aller hessischen Komitees gegen Berufsverbote. Der von der SPD/FDP-Regierung initiierte „Radikalen-Erlass“ führte zu immer mehr Berufsverbotsverfahren. Gleichzeitig wuchsen die Proteste und die Solidarität, auch international. Mit einem Aktionsplan sollten alle Betroffenen unterstützt werden.



Vor **40 Jahren** war das damals noch staatliche Uniklinikum von einer Stellenbesetzungssperre durch die Landesregierung betroffen. Mit einer Aktion „Dienst nach Vorschrift“ protestierten die Beschäftigten gegen den Personalmangel. Wegen 51 nicht besetzter Planstellen hatten sich allein in der Chirurgie 1.600 Überstunden angehäuft. Da es unmöglich war, die Überstunden durch Freizeit auszugleichen, forderten die Protestierenden die sofortige Bezahlung der geleisteten Überstunden.



Vor **30 Jahren** streikten die Beschäftigten bei real, Horten und anderen Einzelhändlern. Wegen Verlängerung

der Ladenöffnungszeiten hatten sich die Arbeitsbedingungen drastisch verschlechtert. Gefordert wurden Zuschläge für Arbeitsstunden außerhalb der bisherigen Öffnungszeiten.



Vor **20 Jahren** wurde die Müllabfuhr im Kreis Gießen an den privaten Entsorger Remondis übergeben. Eine neue Koalition aus CDU, FDP und FWG stimmte ohne ausreichende Informationen einem Modell zu, durch das die Müllabfuhr deutlich teurer wurde. Die Müllmenge wurde für 15 Jahre garantiert. Müllvermeidung wurde damit praktisch verboten.



Vor **10 Jahren** erinnerte das Echo an etwas, was damals 60 Jahre zurück lag. 1956 hatte Ria Deeg, Stadtverordnete der KPD beantragt, die von der Bundesregierung angeordnete Erfassung der Wehrpflichtigen in Gießen nicht durchzuführen. Die SPD verhinderte die Abstimmung über den Antrag. In anderen Städten, z. B. in München, wurden ähnliche Anträge mit den Stimmen der SPD angenommen.

Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ